

Sekretariat des Bundes für Menschheitsinteressen
 BERN, Erbsenstrasse, 23
 (Schweiz. Postcheckkonto Bern Nr. 1196)
 Jährlich etwa 4 Nummern (deutsche & franz. Ausgabe für Fr. 4.00);
 Fr. 6 in den anderen Sprachen;
 Alle Buchhandlungen, Postanstalten sowie das Sekretariat nehmen Bestellungen entgegen. Einzelnummern 40 Cts. = 40 Pf.

Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisierung menschlichen Fortschritts»

Der Jahresbeitrag zum Bund für Menschheitsinteressen bleibt der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen. Schweizer-Postcheckkonto Bern III 496.
 Die Vereinsstatuten und Probenummern aller seiner Organe werden auf Verlangen durch das Sekretariat: Bern, Erbsenstr. 23 gratis zugesandt.

Schweizer Komitee des Bundes: Dr. August FOREL, alt Professor an der Universität Zürich; Regierungspräsident Dr. Tschumi, Bern; Nationalrat A. LOCHER, Bern; Regierungsrat Dr. Moser, Bern; Nationalrat G. MÜLLER, Finanzdirektor der Stadt Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R. BRODA, Bern; Dr. A. DE QUERVAIN, Prof. a. d. Univ. Zürich; Dr. A. SUTER, eh. Präs. d. Gemeinderats, Lausanne; O. VOLKART, Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedensgesellschaft; Director TOBLER, Bern; Dr. Julian REICHESBERG, Bern; F. RUEDI, a. Grossrat, Lausanne; Frau WALDHARDT-BERTSCH, Bern; Frau VUADENS-CALMUS, Vevey; Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, Kantonsrat, Zürich, u.a.m.
Präsident des Bundes: Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fortschritts», Bern.

Internationaler Ehrenausschuss: Geheimrat Prof. Dr. W. FORSTER, Berlin; Ed. BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf ARCO, 1. Vors. der Ortsgr. Berlin des Deutschen Monistenbundes; Stadtpfarrer UMFRIED, 2. Vors. d. Deutschen Friedensges., Stuttgart; Senatspräsident Dr. ELSNER, Wien; Dr. Karl GRUNBERG, Prof. an d. Univ. Wien; Prälat Dr. GIESSWEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags, Budapest; Dr. v. URSIN, eh. Vicepräsident d. finnischen Landtags; Jean LONGUET, Mitgl. d. französischen Parlaments; L. LE FOYER, eh. Deputierter, Paris; Ramsay MACDONALD, Mitgl. des engl. Parlaments; Sir Robert STOUT, eh. Ministerpräsident von Neuseeland; Lino FERRIANI eh. Generalprocurator, Como, u.a.m.
Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“ wolle man an Herrn Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.

«Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.»

Die internationale Konferenz der Kulturvereine

Bern, am 18. Juni 1917.

Wir werden in der nächsten Nummer unseres Blattes einen eingehenden Auszug aus dem Konferenzprotokoll veröffentlichen, wollen hier nur einige Worte über die Tagung, die heute Abend beendet wurde, sagen.

28 pazifistische und Kulturvereine aus den meisten kriegführenden und neutralen Ländern waren vertreten. Herr Regierungsrat Dr. Tschumi übersandte schriftlich die *Grüsse des Bernischen Regierungsrates*. Das Bureau der Konferenz wurde aus 3 Schweizern und 4 Ausländern gebildet, welche letztere spez. bei den Verhandlungen über Probleme ihres eigenen Landes den Vorsitz übernahmen.

Man beschloss, *mehrmals im Jahre analoge Konferenzen zu veranstalten* und den Vorstand des «Bundes für Menschheitsinteressen» mit der Wahrnehmung ihrer laufenden Angelegenheiten zu betrauen. In einer Reihe von meist einstimmig angenommenen Resolutionen wurden die *Kriegsziele der verschiedenen Mächte* einer kritischen Wertung unterzogen und hierauf ein *Ausgleichsfriedensprogramm* in Grundlinien ausgearbeitet. Dasselbe sieht eine Lösung der *elsässischen Frage* vermöge einer Kombination von *Volksabstimmungen* und *kolonialen Kompensationen* zu Gunsten Deutschlands vor, spricht sich für die *Unabhängigkeit Polens und Lithauens*, für internationale Kontrolle der freien Durchfahrt durch Bosphorus und Dardanellen, einen serbischen Adriaahafen und Angliederung der von Bulgaren bewohnten Gebiete Mazedoniens und der Süddobrutscha an Bulgarien aus. Das *Trentino und Gradisca würden an Italien fallen* und Oesterreich den Lovcen, eine gemeinsame Grenze mit Bulgarien und ein *Protectorat über Albanien* erhalten.

Eine *internationale Rechtsordnung* mit Organen für *Gesetzgebung Rechtssprechung und Exekutive* wäre zu schaffen, die offene Tür in den Kolonien und wechselseitiges Meistbegünstigungsrecht in den europäischen Gebieten zu gewährleisten. Für alle nähern Darlegungen sei auf den Auszug aus dem Konferenzprotokoll, der in unserer nächsten Nummer erscheinen soll, verwiesen.

Der Vorstand des «Bundes für Menschheitsinteressen» wurde beauftragt, diese Gesichtspunkte während des Sommers noch näher zu verarbeiten und im Herbst an einen internationalen Kongress Bericht zu erstatten.

Das Sekretariat des «Bundes für Menschheitsinteressen.»

Die Frage der Kriegsdauer

Vom rein logischen Standpunkt aus müssen wir schlechtweg bekennen, dass sich irgend eine sichere Ansicht über die fernere Dauer der Weltkrise nicht bilden lässt, weil allzuvielen unsichere Faktoren ge-

geneinander wirken. Es läge also nahe, die Frage mit einem einfachen «Ignoramus» abzutun.

Aber allzuvielen persönliche und geschichtliche Entscheidungen sind für jeden von uns an die Frage der Kriegsdauer geknüpft, als dass nicht jeder von uns eben doch versuchen würde, diese Entscheidungen auf eine ungefähre Idee oder doch eine allgemeine Instinktauffassung bezüglich der wahrscheinlichen Dauer der Krise, aufzubauen. Es muss also immerhin nützlich erscheinen, die Auffassung über die wahrscheinliche Dauer des Krieges nach den Grundsätzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung zu klären, und durch Ausschaltung der Leidenschaftgebornen Thesen auf ihre rationellste Form zu bringen.

Wir haben darum einige Schweizer und ausländische Persönlichkeiten gebeten, uns ihre Gesichtspunkte bez. der verschiedenen Hypothesen, die in Frage kommen und des denselben zukommenden Wahrscheinlichkeitsgrades mitzuteilen. Wir werden ihre Antworten in den nächsten Nummern unseres Blattes veröffentlichen.

Die Redaktion der Menschheit.

Ist es wünschenswert, dass die Demokratisierung Deutschlands durch Zwang von aussen befördert werde?

I. Antwort von THEODOR WOLFF, Chef-Redaktor des «Berliner Tageblatt».

Ich bin natürlich der Meinung, dass das deutsche Volk sich seine Freiheiten allein erringen muss. Wollte man ihm die Freiheit von aussen aufdrängen, so wäre es keine Freiheit mehr, sondern ein Zwang. Wie den Bourbonen in den Augen der Franzosen ewig der Makel anhaftete, dass sie «im Gepäckwagen des Auslandes» heimgekehrt waren, so würde die deutsche Freiheit ewig mit dem Makel des fremden Ursprungs behaftet sein.

II. Antwort von Geheimrath WILHELM FORSTER, Potsdam.

Als Kriegsziel die Demokratisierung Deutschlands zu proklamieren, wäre eine Unweisheit, die an Geisteskrankheit grenzt. Jeder Versuch einer solchen Beeinflussung von Aussen her könnte nur entgegengesetzte Wirkung hervorbringen.

III. Antwort von Dr. KARL BURG AU.

Ich stehe auf dem Standpunkt, dass Wilson recht hat, dem deutschen Volke die Demokratisierung durch äusseren Zwang zu erleichtern, denn die innere Verfassung Deutschlands ist — gerade wegen seiner zentralen Lage — eine eminent internationale Frage. Wenn es eines Beweises noch bedurfte, so hat den Beweis dafür der Weltkrieg gebracht.

Auch Dernburg hat sich übrigens (im *Berliner Tageblatt* vom 17. Juni) auf Bismarck als Zeugen dafür berufen «dass die Staatsform nicht eine Sache der innern Politik allein sei».

IV. Antwort von LINO FERNANI, ehemaliger General-Prokurator von Italien.

Ich glaube, dass die Demokratie in Deutschland vermöge der Kulturarbeit wird eindringen müssen, die den Mächten der Entente nach siegreich beendetem Kriege obliegen wird.

V. Antwort von ACHILLE LORIA, Prof. an d. Universität von Turin.

Es gibt zwei Arten von Nationen, solche, die sich im Zuge ihrer innern Entwicklung demokratisch entfalten, wie Frankreich und England, und solche wieder, die eine demokratische Staatsform nur unter dem Zwang einer von aussen kommenden Erschütterung, so eines unglücklichen Krieges, annehmen. Ein Beispiel für die letztere Kategorie von Staat bietet Russland; damit soll nicht gesagt werden, dass die Staaten ersterer Gruppe in jeder Richtung besser daran sind, nur die Zukunft wird zu zeigen vermögen, in welche der beiden Kategorien sich Deutschland selbst einreihen wird.

VI. Antwort eines Redaktors an den «Documents du Progrès»

Vom demokratischen Standpunkt selbst wäre es weitaus vorzuziehen, dass Deutschland sich aus der eigenen Kraft seines Volkes heraus demokratisch gestalte. Aber spricht eine grosse Wahrscheinlichkeit zu Gunsten dieser glücklichen Hypothese? Das äussere Beharrungsvermögen der preussischen Herren-Kaste hat bis jetzt allen Versuchen ernstlicherer Reform getrotzt.

Können jedoch die alliierten Mächte ein solches negatives Verdikt annehmen, ohne eigene Lebensinteressen zu gefährden? Ist nicht die Demokratisierung Deutschlands die einzige wirksame Schutzwehr gegen die Wiederkehr imperialistischer Kriege? Viele modern und human gesinnte Männer und Frauen in Frankreich *bejahen* die Frage; aber vielleicht doch nicht ganz mit Recht. Die Errichtung einer internationalen Exekutivgewalt, welche über die vereinigte Macht aller Kulturstaaten verfügen würde, wäre wohl ein unüberwindliches Hindernis gegen neue Angriffskriege.

Deutschland hat durch den Mund seines Kanzlers erklärt, dass es einem solchen «Friedensbund» beitreten würde, schlimmsten Falls wäre er selbst ohne Unterstützung von deutscher Seite lebensfähig, wengleich natürlich die Annahme seiner Prinzipien durch Deutschland für die Möglichkeit einvernehmlicher Einschränkung der Rüstungen sehr wertvoll wäre. Gewiss würde Deutschland viel eher einer solchen zustimmen, als seine Verfassung unter äusserem Drucke ändern. Es wäre darum wohl richtiger, wenn die alliierten Mächte ihre Aufmerksamkeit auf die Einrichtung der internationalen Rechtsordnung konzentrieren und die Ordnung der innerstaatlichen Verhältnisse Deutschlands dem deutschen Volke überlassen würden.

Antwort von Dr. ALEXANDER GIESSWEIN,
Mitglied des Ungarischen Reichstags, Budapest.

Der Wilsonsche Wunsch hätte — auf uns bezogen — noch viel mehr Bedeutung, es scheint aber, dass wir am Wege sind zu seiner Erfüllung. Allerdings ist Wilsons Ausspruch einseitig. Um eine gemeinsame Völkerverständigung einzuleiten, bedarf es nicht bloss einer Demokratisierung Deutschlands, sondern wohl auch der Weststaaten. Meines Erachtens gehört zur vollkommenen Demokratisierung auch das Frauenstimmrecht, denn man darf das Wesen der Demokratie nicht mit der Staatsform verwechseln, und es kann auch in Republiken vorkommen, dass der Kapitalismus oder sagen wir das kapitalistische Wirtschaftssystem den demokratischen Geist knebelt und aus Sonderinteressen eine wahrhaftige Völkerverständigung zur Unmöglichkeit macht. Es wäre darum der Wunsch Wilsons viel besser, und dann, ohne Beleidigung von irgend jemand, formuliert: *Allgemeine Demokratisierung*. Selbstverständlich muss dies in umso mächtigeren Schritten geschehen, je rückständiger ein Volk ist.

Antwort von Dr. ESTLIN CARPENTER,
Professor an der Universität zu Oxford.

Ich weiss nicht, in wieweit die seinerzeitige Botschaft von Präsident Wilson dahin aufzufassen ist, dass er die Autokratie der Hohenzollern durch Anwendung militärischer Machtmittel zu beseitigen wünsche. Ich glaube eher, dass er der Ansicht ist, jedes Volk solle nach eigenem Ermessen seine Regierungform wählen. Unsere englischen Staatsmänner haben sich stets dahin ausgesprochen, dass es nicht ihre Absicht sei, sich mit den Fragen der innern Politik Deutschlands zu befassen. Wenn das deutsche Volk vorzieht, unter der Herrschaft eines Kaisers zu leben, so steht es uns nicht zu, es daran zu verhindern. Wir haben nur zu fordern, dass sie nicht den Frieden und die gesetzliche Ordnung der übrigen Welt störe.

Der Dauerfrieden: Ein Zweigespräch

I

A. — Halten sie einen Dauerfrieden von dem jetzt allorts die Rede ist, nicht für eine Utopie?

B. — Was gestern Utopie war, ist heute Wirklichkeit. Zwei Bedingungen müssen erfüllt sein, zur Sicherung des abzuschliessenden Friedens: Neuordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen, Neuordnung der innerstaatlichen Zustände.

A. — Muss nicht die Gesinnung der Menschen, aus der die Kriege entstehen, geändert werden, um die Folgen solcher Gesinnung wirksam zu beseitigen?

B. — Die Besserung des Menschen soll ja wohl Endziel all unseres Strebens sein. Zu den wirklichen Faktoren zur Erziehung der Menschheit gehören die äusseren Bedingungen des Lebens, Gesetze, Verfassungen. Ein Trieb wird mit der Zeit geschwächt, ja schwindet ganz, wenn er sich nicht betätigen kann, beim Einzelnen wie bei Völkern. Langer Friede zähmt die Menschen, der Krieg weckt längst entschwundene Triebe, edle und gemeine. Bei den Volkskriegen der Gegenwart ist der Hass von Volk zu Volk die schlimmste aller Folgen.

A. — Wird der Hass nicht schwinden, da man weiss, dass kein Volk den Krieg gewollt hat. Jede Mächtegruppe erklärt ja feierlich, nicht gegen das feindliche Volk zu kämpfen, sondern gegen dessen Regierung.

B. — Dieser Kriegsruf ist neuesten Datums. Am Anfang hiess die Losung: Kampf des Slaventums gegen das Germanentum, jetzt heisst es Demokratie gegen Autokratie. Ich halte beide Formeln für gefährliche Täuschungen, bez. verhängnisvolle Irrtümer. In Wahrheit ist dieser Krieg ein

Kampf um Macht, an dem die Völker in dem Masse schuld sind, in welchem sie die äussere Macht ihres Landes, seine Unabhängigkeit, sein Gewicht im Rate der Völker, schätzten. Denn nur aus dieser Wertschätzung der äusseren Macht ihres Staates seitens der Bürger schöpfen die Regierungen die Möglichkeit, ja die Verpflichtung, die Wehrhaftigkeit ihres Landes zu mehren, durch Wettrüsten oder Bündnisse.

A. — Durch Wettrüsten und Bündnisse wollte man ja den Krieg vermeiden?

B. — Den Krieg hat auch sicherlich keine Regierung gewollt, aber jede Grossmacht war bestrebt sich den politischen Vorteil aus der *Drohung* des Krieges, dem Bluff, zu ziehen, und solche Drohung ist um so wirksamer, je stärker die Wehrkraft. Man lebte in der Furcht des Krieges, bis die Belastung dieses Mittels an einer Stelle überspannt wurde und der Weltkrieg losbrach.

A. — Man hat wohl auf beiden Seiten die Dauer und die Opfer des Krieges unterschätzt?

B. — Man unterschätzt noch jetzt auf beiden Seiten die Kraft des Gegners und glaubt ihn bald niederringen zu können. Diese Erwartung ist das grösste Hinderniss zum Friedensschluss.

A. — Welchen Einfluss erwarten Sie vom Beitritt Amerika's zu den Gegnern Deutschland's?

B. — Ein Gegner Deutschland's ist Amerika die ganze Zeit gewesen. Ein ernster Einspruch der Vereinigten Staaten gegen die Behinderung des Handels zwischen neutralen Häfen hätte genügt, um die Hungerblockade England's unwirksam zu machen und dadurch auch dem schonungslosen Ubootkrieg vorzubeugen.

A. — Sollte Wilson seine Verwahrung gegen die britische Verletzung des Seerechtes durch eine Kriegsdrohung unterstützen?

B. — Ein Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial hätte genügt.

A. — Das wäre aber ein grosses materielles Opfer seitens Amerika's gewesen und hätte die Gefühle der Mehrheit des Volkes verletzt, dessen Sympathien nicht auf Seiten Deutschlands lagen.

B. — Die Presse stellte Deutschland als einzig Schuldigen hin, die Vergewaltigung Belgiens tat das übrige und die Lusitania hätte zum Bruch geführt, wenn Wilson nicht prinzipieller Friedensfreund wäre. Ich halte diesen Torpedoschuss für einen der grössten Fehler Deutschland's. Man muss aber nicht vergessen, will man gerecht sein, dass die deutsche Regierung, auf Grund eidlicher Aussagen glaubwürdiger Zeugen, überzeugt war, die Lusitania führe Munition und Kanonen.

A. — Diese Behauptung wird aber von den Amerikanern bestritten. Glauben Sie an eine lange Dauer des Krieges?

B. — Ich denke, dass die Entscheidung in diesem Sommer fallen muss. Es muss sich bald erweisen, ob die Offensive der Entente den Zusammenbruch Deutschland's erringen kann und ob der Ubootkrieg England die Kriegführung verunmöglicht. Ich glaube nicht, dass die Völker Europa's für einen vierten Winterfeldzug zu haben sind.

A. — Aber Amerika? Ein grosses Volk, das sich zu solchem Krieg entschlossen hat, wird nicht Frieden schliessen, ehe es greifbare Erfolge erzielt hat.

B. — Wenn die Zentralmächte, durch die Not gedrängt, das Angebot einer Friedenskonferenz ohne Waffenstillstand durch das Hinstellen des rücksichtslosen Ubootkrieges unterstützen, so könnte Wilson ein solches Angebot nicht zurückweisen, ohne sich in schreiendsten Widerspruch mit seinen schönen Reden und den Interessen seines Landes zu setzen.

A. — Halten Sie die Zentralmächte für bereit, dieses Zugeständnis zu machen?

B. — Wenn weitere Misserfolge in Asien und an der Westfront die militärische Lage verschlimmern, der Nahrungsmangel sich verschärft und die Sperrgebiete von Tausenden von Schiffen befahren

werden, dann wird man sich in's Unvermeidliche fügen müssen. Die Beteiligung Amerika's an den Friedensverhandlungen ist m. E. für die Zentralmächte eher günstig. In der wichtigsten Frage, der Freiheit der Meere, sind die Interessen solidarisch und auch für's Prinzip der offenen Tür sind beide. Bleibt die Frage der «Autokratie» und ihrer Schuld am Kriege? Aber ist Italien etwa aus dynastischen oder kapitalistischen Interessen in den Krieg gestürzt? War es nicht vielmehr eine Welle übermächtigen Gefühls, welches das Volk ergriff und es zu grossen Opfern trieb, um durch eigene Kraft das zu erkämpfen, was ihm vom früheren Bundesgenossen ohne Blutvergiessen angeboten wurde? Und ist das Eingreifen Amerika's in diesen Krieg nicht die schlagendste Widerlegung der These?

A. — Eine so verbreitete Ansicht wird doch ihre Begründung haben?

B. — Eine Begründung finde ich nicht, wohl aber den Grund: die Gewohnheit der Menschen deduktiv zu raisonnieren, statt induktiv zu schliessen. Man sagt sich: die Mehrheit jedes Volkes zieht den Frieden den Kriege vor, folglich muss die Politik eines demokratischen Staates friedliebender sein, als die einer militärischen Monarchie. Man übersieht die Tatsachen, die dagegen sprechen. Man kennt nicht den Anteil, welchen das Gefühl einzelner Einflussreicher, sowie das Gefühl der urteilslosen Mengen in der auswärtigen Politik hat.

Akad. Buchhandlung von Max Drechsel in Bern

Soeben erschien:

Die russische Revolution

Eine unparteiische Betrachtung von
Privatdozent Dr. LIFSCHITZ
Preis 55 Cts. franko gegen Voreinzahlung auf
Postschek-Konto III. 380.



Rechtssachen:

Advokat Wenger

ZÜRICH 1, Usterstrasse 12

Téléphon - Selnau - 2963

Vegetarisches Speisehaus

8, Hirschengraben - BERN - Hirschengraben, 8

Nähe Bahnhof

Menus: Fr. 1.40; Fr. 1.20; Fr. 0.90

Diverse Speisen à la carte

—o Schmackhafte Zubereitung o—

Verantwortl. Verl. u. Buchdrucker Fr. Ruedi, Lausanne.